

# Landtag war trotz Krise immer handlungsfähig

Zu diesem Schluss kommt ein Kurzbericht des Liechtenstein-Instituts.

Patrik Schädler

Unter dem Titel «Die Rolle des Landtags in der Coronapandemie» haben Christian Frommelt, Direktor und Forschungsleiter Politik, und Patricia M. Schiess Rütimann, Forschungsleiterin Recht am Liechtenstein-Institut, am Dienstag einen Kurzbericht veröffentlicht. Darin kommen sie zum Schluss, dass der Landtag stets handlungsfähig und in die Krisenpolitik eingebunden gewesen sei. «Dass er nicht stärker von seinen Kompetenzen Gebrauch gemacht hat, hängt neben der allgemeinen Zufriedenheit mit der Regierungspolitik wohl auch mit den im Vergleich zu anderen Ländern weniger stark ausgeprägten coronabedingten Einschränkungen in Liechtenstein zusammen.»



Der Landtag hat gemäss einem wissenschaftlichen Kurzbericht seine Funktion erfüllt. Bild: T. Schnalzer

## Eigenes Covid-19-Gesetz rechtlich nicht nötig

Es sei eine Besonderheit der Coronakrise, dass ungeachtet einer «lauten Minderheit von Massnahmegegnerinnen und -gegnern» die Politik der Regierung stets einen breiten Rückhalt genoss – «zumindest zeugen hiervon der Ausgang der Landtagswahlen sowie diverse repräsentative Meinungsumfragen». Frommelt und Schiess Rütimann schreiben, dass der

Landtag und die Regierung in der Coronapandemie alle Massnahmen auf ihre ordentlichen, in der Verfassung und im Gesetz vorgesehenen Kompetenzen erlassen habe.

So sei rechtlich in Liechtenstein auch kein liechtensteinisches Covid-19-Gesetz notwendig gewesen. Das Epidemiegesetz sei eine ausreichende gesetzliche Grundlage für die

bisher auf Verordnungsweg erlassenen Massnahmen.

«Dem Landtag wäre es aber grundsätzlich jederzeit freigestanden, ein eigenständiges liechtensteinisches Covid-19-Gesetz mittels parlamentarischer Initiative zu erlassen oder die Regierung mittels Motion zur Ausarbeitung eines solchen Gesetzes aufzufordern», heisst es im Bericht. Trotz der Rege-

lung über die Verordnung sei der Rechtsschutz in Liechtenstein umfassender als in der Schweiz. So können 100 Stimmberechtigte eine neue Verordnung der Regierung oder eine Abänderung vom Staatsgerichtshof auf ihre Verfassungsmässigkeit prüfen lassen. In der Schweiz ist eine solche Anfechtung nicht möglich, da es kein nationales Verfassungsgericht gibt.

## «Corona-Session» zum Jahresabschluss

In der letzten Sitzung vor der Winterpause trifft sich der Landtag wieder mit Maske.

In bisher allen Landtagssessionen dieser Legislatur galt: Den Grossteil des ersten Sitzungstages beschäftigen sich die Abgeordneten mit dem Traktandum «Information der Regierung zur aktuellen Situation bezüglich Coronapandemie». In der Dezember-Session dürfte das Traktandum sogar noch mehr Zeit in Anspruch nehmen als üblich. Denn einerseits will die Freie Liste im Rahmen des vierten Traktandums über die Impfpflicht diskutieren. Andererseits

dürften die Landtagsabgeordneten angesichts der aktuellen Situation einige Fragen an die Regierung haben: Wie können die Fallzahlen gesenkt werden? Ist ein «Durch-Boostern» bis Weihnachten machbar? Und wie geht die Regierung mit Omikron um?

### Coronahilfen: Weitere 12 Millionen Franken

Der Landtag muss sich auch mit den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie beschäftigen: Die Abgeordneten werden über neue

Hilfsgelder entscheiden. Die Kurzarbeitsentschädigung läuft bis Ende Jahr aus und die bisher gesprochenen 80 Millionen Franken sind fast ausgeschöpft. Da noch kein Ende der Pandemie in Sicht ist, will die Regierung die Möglichkeit der Kurzarbeitsentschädigung bis Juni 2022 verlängern. Dafür beantragt sie vom Landtag auch einen Nachtragskredit von 12 Millionen Franken. Angesichts der angespannten Pandemiesituation gelten im Landtag auch ver-

schärfte Schutzmassnahmen. Neben einem 3G-Nachweis müssen die Abgeordneten stets eine Maske tragen.

Unter den anstehenden Vorlagen gibt es kaum «heisse Eisen». Die drei parlamentarischen Vorstösse – allesamt Postulate – werden wohl alle an die Regierung überwiesen. Und auch gegen keine von der Regierung ausgearbeitete Gesetzesvorlage ist grosser Widerstand aus dem Landtag zu erwarten. (equ)

### Wie steht der Landtag zur Impfpflicht?

Traktandum 4

Anstelle der aktuellen Stunde möchte die FL im Rahmen des «Corona-Traktandums» die Impfpflicht diskutieren. Dadurch soll ein Stimmungsbild abgeholt werden, wie der Landtag zu dieser Frage steht. Als **einzige Partei sprachen sich bisher die DU** für eine Impfpflicht aus. Aber die Kleinpartei sitzt nicht mehr im Hohen Haus.

### Prognose

Am emotionalen ImpftHEMA will sich **niemand die Finger verbrennen**. Somit wird sich keine Fraktion für die Pflicht aussprechen.

### Kommt jetzt das Rheinkraftwerk?

Traktandum 7

Die DpL wollen in einem Postulat die Regierung dazu einladen, die Risiken von Strommangel abzuklären. Weiter soll die Regierung aufzeigen, mit welchen Massnahmen das Land der Knappheit begegnen kann. **Dafür hat die Partei eine Idee aus den 1980er-Jahren wiederbelebt**: ein Rheinkraftwerk. Unterstützung bekommt die DpL bereits seitens der St. Galler SVP.

### Prognose

Die Handlungsmöglichkeiten gegen Strommangel abzuklären, **kostet nichts**. Darum wird das Postulat **sicher überwiesen**.

### Wird das die letzte Coronahilfe sein?

Traktandum 20

Zwar deutet sich eine Erholung der Wirtschaft an. Doch mit der verschärfenden Coronasituation bleibt die Wirtschaftsentwicklung unsicher. Die Kurzarbeitsentschädigung läuft aber auf Ende Jahr aus und die gesprochenen 80 Millionen Franken sind bald aufgebraucht. Darum soll die Hilfe **bis Juni 2022 verlängert** und weitere **12 Millionen** gesprochen werden.

### Prognose

Für die Wirtschaft könnten die Hilfen nochmals wichtig werden. Es ist **kaum denkbar**, dass der Landtag dem Kredit **nicht zustimmt**.

### Wird die Schätzung von Grundstücken teurer?

Traktandum 22

Die Regierung will für Private die amtliche Schätzung von Grundstücken fast gänzlich abschaffen. Nur noch im Erbschaftsfall soll dies möglich sein. Dadurch will die Regierung verhindern, dass der Staat private Schätzer konkurrenziert. Für Bürger bedeutet dies, **dass sie künftig mehr bezahlen müssen**, um den Marktwert von Grundstücken zu erfahren.

### Prognose

Manche klagen über erhöhte Kosten, andere über die Ausnahme für Erben. **Die Mehrheit wird aber auf die Vorlage eintreten**.

## Persönliche Einladungen für Booster-Impfung folgen

Zwischen dem 7. und 23. Dezember wird geboostert.

Vergangene Woche hat die Regierung das Ziel herausgegeben, dass alle Personen noch in diesem Jahr eine Auffrischimpfung erhalten sollen, die bis Ende Juni 2021 ihre Zweitimpfung erhalten haben. Alle Einwohnerinnen und Einwohner, die nach diesen Kriterien für eine Auffrischimpfung infrage kommen, werden zeitnah in einem persönlichen Brief über Impftermine und Anmeldeformalitäten informiert.

Die Regierung bittet darum, vor dem Erhalt dieses Anschreibens die Impfhilfe nicht zu kontaktieren und nicht ohne Termin bei den Impfzentren in den Gemeinden vorstellig zu werden. Entsprechende Verhaltensweisen nehmen knappe personelle Ressourcen in Anspruch und verzögern den Anmelde- und Impfprozess jener Gruppen, die aktuell prioritär geimpft werden. So ist die Impfhilfe mit den gestaffelten Anmeldungen für die Impfungen derjenigen Personen, die ihre Impfeinladung bereits erhalten haben, bereits stark ausgelastet. Personen ausserhalb der infrage kommenden Altersgruppen, die ohne Termin zu den Impfzentren in den Gemeinden gehen und eine Auffrischimpfung wünschen, müssen abgewiesen werden.

### Laborkapazitäten stark ausgelastet

Aufgrund der stark gestiegenen Fallzahlen sind die Laborkapazitäten derzeit stark ausgelastet. Es kann deshalb zu Verzögerungen der Auswertungen von Tests aus der Teststrasse als auch im Rahmen der Schul- und Betriebstestungen kommen. Symptomatische Personen werden angehalten, die in der Teststrasse abgegebenen Merkblätter zur Quarantäne und Isolation konsequent zu befolgen, bis

sie das Testergebnis erhalten, auch wenn dieses aufgrund der aktuellen Situation teilweise verzögert eintreffen kann. Nur durch eine konsequente Isolation von Verdachtsfällen und frühzeitige Unterbrechung der Infektionsketten kann das epidemiologische Geschehen reduziert werden.

### Wann und wo erhält die allgemeine Bevölkerung Auffrischimpfungen?

**Personen über 80 Jahre** erhalten ihre Auffrischimpfung bei den dezentralen Terminen in den Gemeinden bis spätestens 13. Dezember 2021. Alle Impfeinladungen in dieser Altersgruppe sind versendet.

**Personen zwischen 65 und 79 Jahre** erhalten ihre Auffrischimpfung zwischen dem 8. und 23. Dezember im Impfzentrum im Mühleholzmarkt, Landstrasse 117, Vaduz. Die Impfeinladungen werden laufend in nach Alter absteigender Reihenfolge verschickt.

**Personen unter 65 Jahre**, die ihre Zweitimpfung im Mai oder Juni 2021 erhalten haben, werden je nach Impfstoff an zwei verschiedenen Standorten geimpft. Personen, die den Impfstoff von Biontech/Pfizer erhalten haben, bekommen ihre Auffrischimpfung im Impfzentrum im Mühleholzmarkt, Landstrasse 117, Vaduz, zwischen dem 7. und 23. Dezember. Diese Impfeinladungen werden laufend verschickt. Personen, die mit dem Impfstoff von Moderna geimpft worden sind, erhalten ihre Auffrischimpfung im Liechtensteinischen Landes- spital, Heiligkreuz 25, Vaduz. Der Versand der Impfeinladungen erfolgt laufend spätestens ab kommender Woche. (ikr)



Die Regierung wird zeitnah die Impftermine und Anmeldeformalitäten in einem persönliche Brief an die Bevölkerung versenden. Bild: pd

## Der VR der Gasversorgung wurde teilweise neu bestellt

Die Regierung hat den Verwaltungsrat der Liechtensteinischen Gasversorgung für die Mandatsperiode 2021 bis 2025 neu bestellt. Peter Gerner aus Schaan wird dem Verwaltungsrat ab dem 17. Dezember somit für eine weitere Mandatsperiode als Präsident vorstehen. Ebenfalls von der Regierung für vier weitere Jahre in ihrem Amt

bestätigt wurden die Ratsmitglieder Dominik Oehri aus Gamprin-Bendern und Ferdinand Schurti aus Triesen. Komplettiert wird das Gremium von Peter Graf (St. Gallen) und Nicole Kaiser (Ruggell). Beide gehören dem Verwaltungsrat seit dem 1. Januar 2020 an. Ihr Mandat endet am 31. Dezember 2023. (ikr)